

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 200 (1921)

Artikel: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1919/20
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-374621>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1919/20.

Für die Landwirtschaft war das Jahr 1919 nicht so günstig, wie die vorhergehenden Jahre. Unter den normalen Witterungsverhältnissen, später, kalter Frühling, trockener Vor sommer und nach einem kalten, nassen Juli wieder eine zweimonatige Trockenperiode, haben die Ernteergebnisse mit Ausnahme des Obstbaus, gelitten. Dazu kam dann noch das Aus brechen der Maul- und Klauenseuche, die trotz den scharfen Schutzmaßnahmen eine weite Ausdehnung nahm und in vielen Betrieben die Früchte der guten Jahre in Frage stellte.

Unter den ungünstigen Witterungsverhältnissen litt vor allem die Futtermittelherstellung, die bei unserer intensiven viehwirtschaftlichen Produktion die größte Bedeutung zukommt. Der Heuertrag machte etwa 86% einer Normalernte aus, dagegen war allerdings die Qualität des Heus sehr gut. Die Herbstweide fiel mancherorts fast ganz dahin. Trotzdem der Rindviehbestand sich verminderte, stand die Landwirtschaft im Herbst und Winter unter dem Druck der Futtermittel.

Die Getreideernte ergab einen geringeren Ertrag als im Vorjahr, dazu ging auch die Anbaufläche zurück. Die Preise hielten sich auf gleicher Höhe wie 1918. Das Erntergebnis der Kartoffeln wurde auf 89% einer Durchschnittsernte geschätzt. Der Gemüsebau litt unter der Trockenheit. Außergewöhnlich gut ist die Obsterte aus gefallen, es machte sich denn auch für dieses Produkt ein bedeutender Preisrückgang geltend. Die Weinbauern hatten ebenfalls ein gutes Jahr zu verzeichnen. Die Milchproduktion ging infolge des Futtermangels und der Abnahme des Kuhbestandes wieder weiter zurück. Man rechnet, daß 15% weniger als 1918 in den Käseereien abgeliefert wurde. Das Eidg. Milchamt schätzt den Gesamtmilchertrag der Schweiz für 1919 auf zirka 18 Millionen q, 1918 waren es zirka 20 Millionen q. Nach Neujahr 1920 besserte sich die Milchversorgung, weil wieder mehr Kraftfuttermittel zur Verfügung standen. Die Butterproduktion ging zurück, dagegen konnten beträchtliche Mengen eingeführt werden, sodaß im Oktober die Butterkarte abgeschafft wurde. Die Käseproduktion kann für 1919 auf 25—30 Millionen Kilogramm geschätzt werden, während sie 1914 etwa 80 Millionen Kilogramm betrug. Der Export von Käse war unbedeutend. Durch diesen Stillstand in der Ausfuhr gehen frühere Absatzgebiete verloren und werden von überseeischen Konkurrenzländern erobert. Der Käsehandel ist immer noch monopolisiert.

Die Kondensmilchfabriken mußten in den ersten 4 Monaten 1919 den Betrieb ganz einstellen. Ende April bis Ende Oktober konnte die Fabrikation in befriedigendem Umfang aufgenommen werden, sodaß das verflossene Jahr nicht schlecht abgeschlossen ist. Gegenwärtig kommen nach Europa und auch in die Schweiz große Mengen Kondensmilch aus Nordamerika und Kanada, wo diese Industrie in den letzten 5 Jahren gewaltige Fortschritte machte. Der schweizerischen Kondensmilchindustrie steht ein schwerer Konkurrenzkampf bevor.

Die ausgesprochenen Viehzuchtgebiete hatten im Jahr 1919 von allen landwirtschaftlichen Produktionsrichtungen den schwersten Stand. Im Frühling, als die Alpen besetzt werden mußten, waren die Viehpreise außerordentlich hoch. Die Tiere kamen wohlgenährt von den Bergen, und es

stunden gute Märkte in Aussicht. Mitten in der Absatzperiode brach die Maul- und Klauenseuche aus, vor allem in den Kantonen Bern und Freiburg. Die Viehmärkte und der gesamte Viehhandel wurden eingestellt. Die Züchter waren gezwungen, viel größere Viehbestände als gewöhnlich zu überwintern. Statt Vieh zu verkaufen, mußten nun große Mengen Futtermittel zu überaus hohen Preisen beschafft werden.

* * *

Heute ist in der Schweiz in industrieller und handelspolitischer Beziehung die katastrophale Entwertung der auswärtigen Valuten das alles überragende Problem.

Der Wert der schweizerischen Anlagen im Ausland schwindet bedenklich zusammen. Es handelt sich da um große Beträge, wurde doch der Besitz der Schweiz an ausländischen Werten schon vor dem Kriege auf 4 bis 5 Milliarden oder mehr geschätzt.

In besonders fataler Lage sind kleine Rentner und Bezüger von Pensionsgehältern aus dem Ausland. Ganz bedenklich kann die Lage werden für schweizerische Gesellschaften mit Guthaben in ausländischer Valuta und Verpflichtungen in Schweizerfranken.

Eine andere Wirkung der geschilderten Verhältnisse auf dem Devisenmarkt ist die verminderte Absatzfähigkeit unserer Industrie. Durch den hohen Stand des Frankens werden unsere Produkte unverhältnismäßig teuer. Schon auf dem einheimischen Markt gelangen vielfach ausländische Erzeugnisse billiger zum Verkauf. Eine Folge davon war das bundesrätliche Verbot der Einfuhr von Möbeln aus Deutschland. Für Länder mit niedrig stehender Valuta sind die Schweizerprodukte zu teuer. Große ehemalige Absatzgebiete sind daher unserer Industrie mehr oder weniger verschlossen; wie schon gesagt, sind diese Länder eben tatsächlich ärmer und deswegen schlechte Käufer geworden.

Als dritte üble Folge des katastrophalen Tiefstandes der Auslandvaluta ist zu nennen die Verteuerung des Aufenthaltes in unserm Lande für die Angehörigen fremder Länder. Solange nur noch die reichsten Deutschen oder Oesterreicher sich einen Aufenthalt in der Schweiz leisten können, ist es klar, daß an einen lebhaften Fremdenverkehr aus diesen Ländern, den unsere Gasthäuser und Bergbahnen nach den mageren Kriegsjahren so bitter nötig hätten, nicht zu denken ist.

Mannigfaltig sind die Vorschläge, die zur Abhilfe der Situation gemacht werden, wie sie sich infolge der Devisenentwertung ergeben hat.

Wenn, wie man annehmen muß, die Zerstörungen durch den Krieg die Grundursache bilden, so ist klar, daß nur ein Wiederaufbau der produktiven Kräfte Abhilfe schaffen kann. Jedes Land muß suchen, so seine ihm verbliebenen Werte nach Möglichkeit auszunützen, und zu exportieren, was es kann. Für die Bedürfnisse nach Auslandswaren, die es aus seinem eigenen Export noch nicht bezahlen kann, sollte ihm das liefernde Land Kredit gewähren, kaufmännisch ausgedrückt sollte den ausgefogenen Ländern von ihren Lieferanten das Betriebskapital vorgestreckt werden.

Die Schweiz kann in dieser Hinsicht nur wenig tun. Daß der Bund oder die Nationalbank aus eigenen Kräften die Wechselkurse beeinflussen könnten, ohne gleichzeitig unsere Währung zu verschlechtern, ist eine Utopie. Indem der

Bundesrat die üblen Einwirkungen der eingetretenen Verluste auf die Bilanzen durch bestimmte Verordnungen abgeschwächt, geht er schon reichlich weit. Nachdem die Schweiz während des Krieges an auswärtige Staaten schon große Kredite gewähren mußten, ist die Neigung nicht groß, noch weiter zu gehen.

Doch wird schon etwas gehen müssen. Nur Arbeit, Erzeugung und Austausch von Gütern können dem Wirtschaftsleben der Welt wieder aushelfen. Die Schweiz mit ihren durch den Krieg nicht verminderten Produktionsmitteln und ihrer ungeschwächten Arbeitskraft, wird in ihrem Teil nicht zurückstehen. Durch unsere Lage und unsere Verhältnisse sind wir allerdings mit den Volkswirtschaften der ganzen Welt so eng verbunden, daß nur, wenn die andern Völker sich wieder empor arbeiten können, auch die Schweiz gedeihen kann.

Die Finanzlage des Bundes d. h. der allgemeinen Bundesverwaltung und der Bundesbahnen ist eine ernste.

Für die engere Bundesverwaltung (ohne Bundesbahnen) müssen bis Ende 1920 noch 250—300 Millionen beschafft werden. In dieser Summe sind inbegriffen die auf den 5. November 1920 rückzahlbaren 5 Prozent Kassascheine von 1918 mit 109 Millionen, während sich der Bedarf an neuem Kapital von 141 Millionen zusammensetzt aus dem Defizit der Verwaltungsrechnung von 1920; aus 66 Millionen für Vermehrung des Anlagekapitals der Telegraphen- und Telephonverwaltung; aus 20 Millionen für die Kosten der Bewachungstruppen; aus 25 Millionen Vorschuß an die Schweizerische Kohlenoffenschaft, zusammen 231 Millionen, von denen gegen voraussichtlich 100 Millionen Eingänge an Kriegsgewinnsteuern in Abzug gebracht werden. Die Bedürfnisse der Bundesbahnen werden mit 150 Millionen angegeben, so daß mit einem Gesamtgeldbedarf des Bundes bis Ende 1920 von 400 Millionen oder an neuem Kapital 300 Millionen gerechnet werden muß. Es ist dies angesichts der heutigen gespannten Geldmarktlage eine gewaltige Summe, deren Aufbringung nicht leicht sein wird.

Der Ausgabenüberschuß der allgemeinen Bundesverwaltung pro 1919 beträgt nach amtlichen Darstellungen 95,655,686 Fr., also rund 33 Millionen mehr als in 1918. Die Kapitalrechnung schließt dagegen mit einem kleinen Einnahmenüberschuß von 608,479 Franken, so daß das Defizit der Staatsrechnung für das Jahr 1919 schließlich 95,047,206 Fr. beträgt. Die Rückschläge der eidgenössischen Staatsrechnungen der Jahre 1914 bis 1919 belaufen sich damit auf 267,829,420 Fr., wovon nach Abbuchung des reinen Staatsvermögens auf Ende 1913 von 102,512,575 Franken noch 165,316,845 Fr. zu tilgen bleiben. In diesen Summen sind jedoch nicht inbegriffen die Kriegsmobilisierungskosten, die Verluste infolge Abgabe von Lebensmitteln und andern Bedarfsartikeln durch den Bund, sowie die noch zu tilgenden Anleihsenemissionskosten, alles im Gesamtbetrage von 1,409,422,798 Fr. auf Ende 1919.

Während nun für die Ende 1919 1,220,679,608 Fr. betragenden Kriegsmobilisierungskosten durch die bereits bezogenen und die noch zu beziehenden Kriegs- und Kriegsgewinnsteuern für Deckung gesorgt ist, bleibt für die übrigen „zu tilgenden Verwendungen“ von rund 354 Millionen die Deckung noch zu suchen, abgesehen von ungefähr 50 Millionen Rückstellungen.

Die Bilanzfrage hat sich gegenüber 1918 um 85,133,148 Franken verschlechtert. Der Gesamtrückschlag als Folge des Krieges betrug auf Ende 1919 1,016,404,564 Fr. gegen 931,271,416 Fr. Ende 1918.

Der Abschluß der Bundesbahnen pro 1919 ist günstiger als 1918: Ueberschuß der Betriebseinnahmen 50,8 gegen 21,57 Millionen Fr. 1918 und 70,3 Millionen Fr. 1913. Der Passivsaldo der Gewinn- und Verlustrechnung beträgt 30,84 gegen 54,84 Millionen Fr. 1918. Hierin sind die gesetzlichen Amortisationen und Einlagen in den Erneuerungsfonds eingeschlossen. Man darf hoffen, daß bei den Bundesbahnen bald wieder normale Zustände eintreten.

Die Nationalbank hat pro 1919 wiederum günstig abgeschlossen. Als Nettoertrag verbleiben 7,443,544 Fr. Die gesetzliche Zuweisung an den Reservefonds beträgt 500,000 Fr., die Dividende von 4 % beansprucht 1,000,000 Franken. Der Rest von 5,943,544 Fr. ist der eidgenössischen Staatskasse zur Verfügung zu halten. Aus diesem Betrage werden die Kantone entschädigt. Für die Jahre 1907/08 bis und mit 1919 erreichen die den Kantonen zufallenden Entschädigungen für Ausfall der frühern Notenemission und Banknotensteuer der Kantone die schöne Summe von 32,493,496 Fr. Allein für das Jahr 1919 erhalten die Kantone 4,897,951 Fr. Die Banknotensteuer betrug seinerzeit pro Jahr etwa 1¼ Millionen Fr.

Die steigenden Geldbedürfnisse des Staates und der Privatwirtschaft ließen die verfügbaren Mittel auf dem Geldmarkte abnehmen. Wenn die Nationalbank in der zweiten Hälfte August 1919 den offiziellen Diskontofuß von 5½ auf 5 % heruntersetzte, so war dabei der Wunsch bestimmend, zur Beruhigung des Landes nach den kaum überwundenen, anfangs August ausgebrochenen Streiks und zur Unterstützung der auch von den Landesbehörden unternommenen Anstrengungen zur Förderung des Preisabbaues, soviel in ihrer Macht lag, beizutragen. Der Kapitalbildung auf dem Kapitalmarkt standen die Kosten der verteuerten Lebenshaltung, die erhöhten Steuern und der große Mindereingang, wenn nicht gar vollständige Verlust aus im Ausland angelegten Kapitalien hindernd im Wege. Die nichtsdestoweniger wachsenden Ansprüche gestalteten die Anleihsenbedingungen zusehends schwerer. Für Anleihen der öffentlichen Gemeinwesen wurde teilweise schon zum 5½ % Typus geschritten, für die Industrie-Unternehmungen ist ein Zinsfuß von 6 % immer mehr zur Norm geworden. Auf die katastrophale Gestaltung der fremden Devisen hat der vollzogene Frieden leider bis jetzt nicht den geringsten Umschwung auszuüben vermocht.

Der Diskonto betrug bis 20. August 1919 5½ %, seit 21. August 5 %; der Lombardzinsfuß betrug während des ganzen Jahres 6 %. Der Durchschnitt des schweizerischen Diskontofußes stellt sich für 1919 auf 5,32 %, gegen 4,75 % für 1918 und 4,50 % für 1917. Nach den Wechselkursen berechnet, stand die Devise Schweiz im Ausland im Jahre 1919 320 ‰ über Parität, gegen 283 ‰ im Jahre 1918 und 248 ‰ im Jahre 1917.

Der Notenumlauf belief sich am 31. Dezember 1919 auf 1,036,122,990 Fr., eine Zunahme von 60,416,990 Fr. gegenüber dem 31. Dez. 1918. Die prozentuale Notendeckung durch den Metallbestand betrug im Jahresdurchschnitt 57 % (im Vorjahr 59 %). Der Kassenbestand erreichte am 31. Dezember 1019 741,362,443 Fr., wovon 63,878,421 Fr. Golddepots im Auslande.